

hauptsächlich in asiatischen sowie wenigen lateinamerikanischen und europäischen Groß- und Megastädten. Hauptthemenfelder waren Umweltmanagement, soziales und räumliches Informationsmanagement sowie Planungs- und Designmethoden für städtische Regeneration. Neben den Wissenschaftlern des cSUR kamen Vortragende aus Südost- und Ostasien, Deutschland, Frankreich, Kolumbien, der Türkei und den USA. Die vorgestellten Projekte besaßen einen starken Anwendungsbezug, theoriebezogene Diskussionen traten vergleichsweise zurück. In einer die Konferenz begleitenden Videoumfrage unter den anwesenden Wissenschaftlern wurden die Teilergebnisse und -arbeiten zusammengeführt, als Gesamtergebnis ein Netz von Faktoren, Problemen, Ansätzen, Zielen des Feldes urbaner städtischer Regeneration zusammengetragen und in der Abschlussitzung präsentiert bzw. diskutiert. Dies stellt einen vielversprechenden Ausgangspunkt für die Entwicklung eines holistischen Konzepts städtischer Regeneration dar.

Wünschenswert wäre mehr Zeit für eine Diskussion der Beiträge gewesen, die in dem gefüllten Programm mit bis zu sechs Vorträgen je Stunde leider kaum stattfinden konnte. Die Beiträge zeugten von intensiver und ertragreicher Arbeit des Zentrums, basierend auf Lernen und Lehren auf Augenhöhe mit den internationalen Partnern und befanden sich an der Forschungsfront von angewandter Stadtplanung, Stadtgeographie und Architektur.

Derzeit läuft die Auswahl der Zentren, die für die zweite 5-Jahres-Phase des nationalen Exzellenzprogrammes gefördert werden. Die Wissenschaftler des cSUR haben sich beworben für den Aufbau eines „Global Center for Sustainable Urban Regeneration“ (GcSUR), mit dem Ziel, die Aktivitäten des Zentrums zu intensivieren und seine internationale Bedeutung zu stärken. Anzustreben für diese Phase wäre eine weiterreichende Verknüpfung angewandter und theoretischer Forschung. Mit Blick auf die große Expertise deutscher interdisziplinärer Stadtforschung sowie etablierter deutsch-japanischer Wissenschaftsbeziehungen wäre eine Intensivierung der tagungs- und austauschgestützten Netzwerke wünschenswert, die unter Umständen in vergleichbare Initiativen auf deutscher Seite einmünden könnten.

Weitere Informationen zum cSUR sind abrufbar unter: <http://csur.t.u-tokyo.ac.jp/>

Tabea Bork, Frauke Kraas

### **Global Player China: auf dem Weg zur Weltmacht**

Katholisch-Soziale Akademie Franz-Hitze-Haus in Kooperation mit dem Institut für Sinologie und Ostasienkunde der Universität Münster, Münster 16.-17. Mai 2008

Wegen der Olympischen Spiele ist in diesem Jahr das Interesse der Weltöffentlichkeit in besonderer Weise auf die Volksrepublik China gerichtet. Aber auch ohne dieses „Mega-Ereignis“ müssen sich Europa und Deutschland stärker mit dem neuen Global Player China auseinandersetzen: Rund 20% der Weltbevölkerung leben in

diesem Land, China ist mittlerweile zur viertgrößten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen und ist dabei, die größte Welt-Handelsmacht zu werden; auch politisch wächst sein Einfluss in der Welt. Der Aufstieg Chinas in nur 30 Jahren von der Peripherie in das Zentrum von Weltpolitik und Weltwirtschaft ist jedenfalls historisch beispiellos und bringt gravierende globale Konsequenzen mit sich.

Zunächst ging Prof. Dr. Reinhard Emmerich, Direktor des Instituts für Ostasienkunde und Sinologie der Universität Münster, auf das China-Bild in Deutschland ein, das seit dem Mittelalter zwischen Faszination, Idealisierung und Bewunderung auf der einen Seite und Ablehnung, Bedrohungsvorstellung und Abwehrhaltung auf der anderen Seite schwanke. Viele der historischen Bilder wirkten noch heute nach bzw. könnten durchaus auf die heutige China-Perzeption übertragen werden. Die gegenseitige Beeinflussung war intensiver, als wir uns das heute vorstellen: Die Berichte der China-Missionare haben die europäische Aufklärung in einem heute leider in Vergessenheit geratenen Maße beeinflusst, so Emmerich.

Dr. Martin Kittlaus, Mitarbeiter am Institut für Ostasienkunde und Sinologie der Universität Münster, ging dann der Frage nach, ob die chinesische Partei-Ideologie nur Lippenbekenntnisse und Worthülsen darstelle. Er unterschied sehr stark zwischen der Haltung der Bevölkerung und der Elite in dieser Frage. Bei der „normalen“ Bevölkerung sei die Ideologie nicht mehr ein Instrument der Mobilisierung und Integration; letztere erfolge vor allem über den ökonomischen Erfolg und einen – manchmal übersteigerten – Nationalismus.

Für die Elite hingegen habe die Partei-Ideologie eine enorme Relevanz und diene in erster Linie als Herrschaftsinstrument zur Legitimierung des Macht- und Gewaltmonopols. Zum anderen habe sie die Funktion der Selbstvergewisserung und der Selbstreflexion inne und diene durch gemeinsame Sprachregelungen dem Bedürfnis nach „kognitiver Sicherheit“. Und schließlich wirke sie auch als „kognitiver Filter“ für die Wahrnehmung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Realität, stelle ein Integrationsinstrument für die politische Elite Chinas dar und diene somit sowohl der Identität als auch der Stabilität des politischen Systems. „Herzstück“ dieses Selbstverständnisses ist die Erklärung der vier Grundprinzipien, die auf eine Definition von Deng Xiaoping aus dem Jahre 1979 zurückgingen: 1. Das Festhalten am sozialistischen Weg; 2. an der Führung durch die KP Chinas; 3. an der demokratischen Diktatur des Volkes und 4. am Marxismus-Leninismus und den Ideen Mao Zedongs; sie stelle gewissermaßen einen verbindlichen ideologischen Rahmen dar, welcher gleichzeitig auch die Grenzen markiere, welche politischer Dissens nicht überschreiten dürfe.

Die ‚sozialistische Marktwirtschaft‘: Grundlage eines Demokratisierungsprozesses in China?“ war dann das zweite Thema von Kittlaus. Die Reformpolitik seit 1978 bzw. die Einführung von kapitalistischen Elementen in der Wirtschaftsordnung werde durch die Notwendigkeit der Entfaltung der Produktivkräfte in der „Anfangsphase des Sozialismus“ legitimiert, indem die Erfolge des kapitalistischen

Systems übernommen würden. Das betreffe vor allem die Eigentumsordnung, die Einkommensverteilung und die Allokation der Ressourcen. Seit 1992 sei so eine exorbitante Dynamik im wirtschaftlichen Bereich entstanden, der im politischen Bereich eine „lähmende Statik“ gegenüberstünde.

Gilt also die Aussage, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung ein demokratisches System erfordere und vice versa, dass also die Einführung einer sozialistischen Marktwirtschaft automatisch zu einer demokratischen Ordnung führe? Im Kontext des chinesischen „Kaderkapitalismus“ sprach sich Kittlaus deutlich gegen einen solchen Automatismus aus. Sicher habe in den letzten Jahren eine Pluralisierung der Gesellschaft stattgefunden; aber zur Entstehung einer Zivilgesellschaft im westlichen Sinne sei es noch ein weiter Weg. Eher könne man derzeit von einer „kontrollierten Transformation von oben nach unten“ und von Ansätzen einer „Staatsbürgergesellschaft“ sprechen. Die Einführung weiterer Demokratie-Elemente hänge derzeit vor allem von der Einschätzung der Beherrschbarkeit des gegenwärtigen Transformationsprozesses durch die politische Führung ab.

Der Diplomat und außenpolitische Berater Dr. Heinrich Kreft (Berlin) ging dann der Frage nach, welche Schattenseiten dem beeindruckenden Wirtschaftsboom Chinas gegenüberstünden. Auf der eine Seite habe das nominale Pro-Kopf-Einkommen erst im Jahre 2002 die Grenze von 1000 \$ überschritten und belaufe sich im Jahre 2007 auf 1700 \$. Die Direktinvestitionen in China beliefen sich inzwischen auf 55-60 Mrd. \$. (2006). Diesen Erfolgen stünde aber eine Kehrseite gegenüber, die enorme Herausforderungen zur Folge habe, zu einer ständigen Gratwanderung zwischen Wachstumsstreben und der Überwindung der internen Widersprüche führe und nicht zuletzt eine Erosion der führenden Stellung der KP Chinas mit sich bringen könne. Es sei daher durchaus fraglich, ob ein in die Weltwirtschaft integriertes Land auf Dauer unter der Führung einer zentralistischen, marxistisch-leninistischen Partei bestehen könne. Im einzelnen ging er dann auf die soziale Differenzierung, die zu wachsenden Einkommensgegensätzen führe und damit sozialen Sprengstoff in sich berge, und die ländliche Entwicklung ein, durch die zwar generell die Armut auf dem Land gesunken sei, aber auch eine zunehmende regionale Unausgewogenheit in China entstanden sei. Der Urbanisierungsgrad sei von 20%(1985) auf 40%(2008) gestiegen; bis zum Jahre 2030 wird erwartet, dass weitere 300 Millionen Menschen in die Städte abwanderten. Für die Entwicklung der Infrastruktur sei der Einsatz der Wanderarbeitnehmer derzeit unverzichtbar, die sich allerdings häufig in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen befänden. Die größte Schattenseite stelle aber derzeit die Schädigung der Umwelt dar, die nach einem pessimistischen Szenario sogar das Wirtschaftswachstum „auffressen“ könne. Die Dringlichkeit eines sozial und ökologisch verträglichen Entwicklungsmodells werde aber mittlerweile auch von der politischen Führung anerkannt, die aber nur über begrenzte Möglichkeiten des Umsteuerns verfüge. Allein aufgrund seiner Größe sei China heute zu einem relevanten Faktor in der Weltpolitik und in der Weltwirtschaft geworden; wir alle

müssten uns daher den Erfolg Chinas wünschen und durch unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit zur Lösung der Probleme beitragen, betonte Kreft abschließend.

Katharina Glaab, Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster, setzte sich dann mit dem Thema „Vom regionalen zum globalen Hegemon? Chinas Interessenpolitik in Südostasien und Afrika“ auseinander. Nach ihren Worten stelle Südostasien traditionell einen „natürlichen Einflussbereich“ chinesischer Macht dar, in dessen Selbstwahrnehmung es sich als „überlegener Staat“ und „Mitte der Welt“ ansehe. Heute wären die Beziehungen von territorialen und ökonomischen Interessen sowie dem chinesischen Versuch der „Eindämmung“ Taiwans und der Minderung des japanischen und amerikanischen Einflusses geprägt. Eine ähnliche Politik und Interessenstruktur sei auch in den wieder erwachten Afrikabeziehungen festzustellen. China und Afrika, wo der Anteil von Öl und Gas am gesamten Export nach China im übrigen 62% ausmache, verbinde eine zunehmend pragmatische Politik, die oftmals unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfeausgeführt wird.

Abschließend setzte sich Dr. Kreft mit den Konsequenzen des Aufstiegs Chinas für Europa und die Bundesrepublik Deutschland auseinander: Der epochale Trend unserer Zeit sei in einer globalen Machtverschiebung in Richtung Asien zu sehen, betonte er. So sei China von einem Nutznießer nun zu einem Teilhaber der internationalen Gemeinschaft und Mitgestalter der Weltordnung geworden. Allerdings scheine man sich derzeit eher zögernd mit dieser neuen Rolle und Aufgabe anzufreunden. Da die Energie- und Ressourcensicherheit für China auf kurz- und mittelfristige Sicht von zentraler Bedeutung ist, seien gerade in diesem Bereich Interessen-Konflikte mit anderen Regionen der Welt zu möglich. Nach seiner Einschätzung müsse der Westen an der Stabilität Chinas interessiert sein und Angebote machen, die außen- und innenpolitischen Risiken des wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas – deren sich aber auch die politische Führung Chinas bewusst sei – zu begrenzen. Dazu sei es allerdings erforderlich, daß innerhalb der Europäischen Union und in den transatlantischen Beziehungen ein verstärkter Dialog über die Gestaltung der zukünftigen Zusammenarbeit mit China geführt werde.

Heinz Meyer